

Einigung zur Verbesserung des Nichtraucherchutzes

Die große Koalition will Nichtraucher besser schützen. Ein generelles Rauchverbot soll ab Juli 2007 in allen öffentlichen Gebäuden, Krankenhäusern, in Bussen und Bahnen sowie in Discos und Restaurants gelten. Dies hat eine Arbeitsgruppe von Bundestagsabgeordneten der Union und SPD beschlossen.

Ausnahmen vom generellen Qualmverbot sollen möglich sein, wenn separate, abgetrennte Raucherräume eingerichtet werden. Keine Geltung soll das Verbot in Kneipen, Bars und Bierzelten haben, also so genannten Schankwirtschaften. Hier bleibt das Rauchen gemäß dem Kompromiss auch in Zukunft ohne Einschränkungen erlaubt.

Der Kompromiss sieht außerdem vor, dass Zigaretten künftig nicht mehr an Jugendliche unter 18 Jahren verkauft werden dürfen. Dies soll sowohl für Automaten als auch für Supermärkte und sonstige Verkaufsstellen gelten und ebenfalls möglichst im Juli 2007 in Kraft treten. Bisher gilt das Abgabeverbot erst ab 16 Jahren. In Schulen soll Rauchen ganz verboten werden; auch Raucherräume wären demnach nicht erlaubt.

Discos sollen aus Jugendschutz-Gründen anders als Kneipen behandelt werden und dem Rauchverbot unterliegen - es sei denn, die Betreiber richten abgetrennte Raucherräume ein. Das Verbot in Restaurants gilt immer im Hauptraum, also dort wo die Theke steht.

Der Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens in der Öffentlichkeit liegt den Koalitionsfraktionen zur weiteren Beratung vor.